

# »Antifaschismus« – das undemokratische Glaubensbekenntnis des Antifa-Klerus

Drei Texte aus

»*diskus* – frankfurter studentenzeitung«

Heft 3/4, 29. Jahrgang, Juni 1979

und »*Pflasterstrand*«

Heft 198 vom 1.-14. Dezember 1984

Das *diskus*-Titelbild zeigt Udo Lindenberg in Frankfurt am Main auf der Bühne über einem Transparent der *Rock gegen Rechts*-Veranstaltung. Seinerzeit erschien auch das Taschenbuch (mit Beiträgen u.a. von Lothar Baier, Heiner Goebbels, Wolfgang Kraushaar, Max Nyffler und Frank Wolff): »*Thema: Rock gegen Rechts. Musik als politisches Instrument*«, herausgegeben von Bernd Leukert (Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1980). Heute noch ebenso lesenswert wie der Essay von Antonia Grunenberg »*Antifaschismus – ein deutscher Mythos*« (Reinbek bei Hamburg: rororo-Taschenbuch 1993).

## Text 1:

**Sebastian Cobler**

*Was heißt hier Antifaschismus...*

(*diskus*, S. 20 ff.)

## Text 2:

**Gespräch mit Peter Brückner und Dany Cohn-Bendit**

*Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit?*

(*diskus*, S. 48 ff.)

## Text 3:

**Sebastian Cobler**

*Neo-Nazi-Prozess in Frankfurt* [Michael Kühnen]

(PS, S. 12)

# Was heisst hier Antifaschismus

Dieser Beitrag wurde von Sebastian Cobler am 15. Juni auf dem Teach-In des ASTA gehalten. Wir drucken ihn ab, weil wir seinen Bezug auf Menschenrechte für wichtig halten.

Ich möchte zunächst etwas sagen zum Anlaß dieser Veranstaltung, der dieses geplante NPD-Treffen in Ffm ist, sowohl wie die juristische Auseinandersetzung, die sich darum gewoben hat, oder gewoben worden ist, als auch die Auseinandersetzungen vom vorigen Jahr, wo deutlich wurde, wo die Polizei in dieser Stadt steht, und schließlich auch der Anspruch, Rock gegen Rechts durchzuführen . . . Ich will *auch* über die NPD sprechen, weil die NPD für mich nicht der eigentliche Gegner, nicht das Objekt meiner politischen Auseinandersetzung ist, und im übr. mich auch der 17. J. so wenig interessiert wie der 1. Mai, weil ich Politik nicht nach dem Kalender mache. Das heißt, wenn eine solche Euphorie darüber besteht, daß Rock gegen Rechts stattfindet, dann kann ich 1. nur sagen, dann ist dies das Ergebnis der breiten Organisation dieser Veranstaltung RgR, und des pol. und öffentlichen Drucks, und nicht irgendwelcher justizförmigen Ergebnisse. Und 2., dann würde ich vorschlagen, daß dieselben Veranstalter, die offensichtlich über einen so breiten pol. Hintergrund und über so breiten pol. Druck verfügen, umgehend sich daran machen, einen Rock gegen Polizeiterror, gegen polizeilichen Schußwaffengebrauch zu veranstalten. Für mich jedenfalls ist die langfristig, weil ihre Wirksamkeit über Mehrheiten gesichert ist, ausgehende Gefahr für diese

Gesellschaft nicht in irgendwelchen verkappten, oder tatsächlich offen agierenden Nationalsozialistisch-faschistischen Gruppchen zu suchen, sondern in den Verwaltern der augenblicklichen Staatsgewalt. Und wenn P.Br. sagt, daß ihn ein Brechreiz überkommt – und da teile ich seine Gefühle –, wenn er Parolen von der NPD hört, so kann ich nur ergänzen, daß mich jedesmal beklemmende Angst befällt, wenn ich H. Schmidt im Bundestag über innere Sicherheit sprechen höre. Zweitens: in der Auseinandersetzung, soweit sie justizförmig geführt worden ist, – ob die NPD hier nun demonstriert oder nicht – finde ich, ist es zu **Äußerungen von Seiten der Linken gekommen, zu denen ich etwas sagen möchte, weil es Äußerungen sind, die ich nicht teilen könnte:** Und zwar zu der merkwürdigen Vorstellung, (das hatte ich bereits angedeutet) ausgerechnet an jene Instanzen zu appellieren, die NPD, also die Faschisten die offen auftreten zu verhindern, die doch selbst in einer ungebrochenen Tradition zu diesen Gedanken und dieser Ideologie stehen, und zweitens, und deren Position doch ähnlich deren von Dollfuß in den 30er Jahren lautet: „Der Kampf gegen Rechts ist uns aufzuzwingen, der gegen Links ist uns Herzenssache“; und daß in dieser Auseinandersetzung – über die man streiten könnte – inwieweit man Gerichte zum Verbot der NPD, nicht zur Erlaubnis des RgR anruft, ist es dann in Veröffentlichungen von kommunistischen Gruppen – ich habe gesehen im Arbeiterkampf – gar zu der Parole gekommen, wie zum Beispiel: „Die Schönborn-Bande in den Knast“. **Ich will hier ganz deutlich, auch gegen die, die jetzt Bravo rufen sagen, meine Politik ist das nicht, es ist mir unerfindlich, wie Leute – und das tun ja auch wohl Kommunisten –, die sich grundsätzlich gegen dieses Haft- und Gefängnisssystem einsetzen, dann glauben, das Vorrecht zu haben, selbst als Staatsanwalt zu fungieren.**

Ich will hier nicht mehr sagen über die NPD, sondern sprechen über diejenigen Potentiale in dieser Gesellschaft, Tendenzen und auch Traditionen in der Politik und der sozialen Auseinandersetzung, auch gerade in Bezug auf das, was Peter Brückner sagte, die Hilfssheriffallüren in dieser Bevölkerung, Stichwort etwa: dieser Staatsbürger, Fahrshullehrer, der na-

türlich selbstverständlich mit völliger Offenheit seinen Schulungsraum für die BKA-Beamten, die R. Heissler auflauerten, zur Verfügung stellte, und dessen eigentliches und einziges Problem – Pressemeldungen zufolge – am nächsten Tag dann darin bestand, daß die von ihm eingeladenen BKA-Beamten die Aschenbecher nicht geleert hatten. Diese Kleinbürgerlichkeit und Kleinkariertheit, eben, die über das Problem der offiziellen Politik hinaus verwurzelt ist bis in die Obrigkeitgläubigkeit und Subalternität dieser Bevölkerung, inklusive der permanent hochgejubelten Arbeiterklasse, der Bevölkerung, als totale, wie ich meine, dazu will ich einiges sagen, und zwar: was sind das für Traditionen, die ja merkwürdigerweise, oder bezeichnenderweise zeitlich weit über die Situationen hinausreichen, in denen hier in Deutschland der Faschismus offen herrschte, ich meine also jene obrigkeitsstaatlichen Positionen, und Orientierungen, und Denkformen, die sicherlich darin begründet liegen, daß dieses Land eine bürgerliche Revolution nicht einmal gehabt hat, und daß so etwas wie der Sturm auf die Bastille hierzulande allenfalls in Alpträumen vorkommt. Es sind zum einen sicherlich ideologische Kontinuitäten, und solche in den politischen Verkehrsformen, also in der pol. Kultur dieses Landes, oder besser gesagt in der pol. Kulturlosigkeit oder Barbarei, es sind schließlich rechtstheoretische Kontinuitäten und Traditionen, wozu ich gleich was sagen will (weil es mein Gebiet ist), es sind vor allem sicherlich strukturelle, es sind jedenfalls mehr als nur personelle Kontinuitäten, wie sie etwa verkörpert werden in der Gestalt des neuen Bundespräsidenten Carstens, von dem ich finde, daß er der angemessene Repräsentant dieses Staates ist, im Unterschied zu einem solch integren und souveränen Demokraten wie G. Heinemann. (Aber dies war ja wirklich nur eine Panne, wenn ihr euch ankuckt, wie die Kette der bisherigen Bundespräsidenten aussah). Carstens, der den typischen Mitläufer – oder auch mehr – des NS-Regimes verkörpert, für den 12 Jahre lang immerhin der Terrorismus Staatsraison war, der sicherlich über genügend Sachverstand daraus in Sachen Terrorismus verfügt, dem ich aber jegliche politische und moralische Legitimation abspreche, darüber heute in Bezug





auf Andere zu urteilen. Dieser Carstens also ist im Grunde nur die Verkörperung einer viel weiter gehenden und viel systematischer funktionierenden Tradition, Kontinuität oder ungebrochenen Kontinuität zum Faschismus und zu bestimmten Denkformen dieses Systems, und ich warne davor, es nur an solchen Personen oder Persönlichkeiten wie Carstens oder anderen festzumachen, weil gerade diese Form der Propaganda, auf die gerade die DKP immer wieder abfährt, sich biologisch lösen wird. In 20 Jahren wird es derartige Personen nicht mehr geben, es sei denn, daß ehemalige Nationalsozialisten älter werden, als die Sterbestatistik es ausweist. Ich will also kurz etwas sagen zu den rechts-systematischen, rechtlichen und ideologischen Kontinuitäten, zu dem, was dann zu diesem Grauen des 3. Reiches in Deutschland geführt hat, und will das festmachen gerade an der Verfassung dieses Landes hier, also dem Grundgesetz, die nach den Feierstundenreden (es ist ja

jetzt 30 Jahre alt) der Regierung angeblich die liberalste Verfassung sei, die Deutschland je gehabt habe. Um es nur ganz kurz anzudeuten: genau das Gegenteil ist der Fall; es hat auf deutschem Boden (die DDR ausgenommen) noch keine illiberalere Verfassung gegeben, als das Grundgesetz, weil erstmals mit diesem Grundgesetz als eklatanter, aber auch erklärter und offener Bruch mit der Tradition der Verfassungstheorien der westlichen Industriestaaten ausdrücklich in die Verfassung hineingeschrieben worden ist, daß politisch unerwünschte Minderheiten ausgebürgert und diskriminiert werden können! Dies steht ausdrücklich drin in der einzigen westlichen Verfassung, die es da gibt, in der bundesdeutschen Verfassung. Stichwort dazu ist, daß diese verheerende Praxis, die ihre bisher schlimmsten Auswirkungen im KPD-Verbot, in den Berufsverboten und in der offensichtlichen Vogelfreierklärung politischer Delinquenten in der Haft und gegenüber der

polizeilichen Festnahme gefunden hat, daß diese Diskriminierung und Ausbürgerung als 'Streitbare Demokratie' eine Ideologie in diesem Lande begründet hat, die nichts weiter darstellt als den konstitutionalisierten, den institutionalisierten Illiberalismus, die Ignoranz gegenüber politisch Andersdenkenden, und – die konstitutionalisierte Diskriminierung selbst. Das muß einfach mal festgehalten werden, weil es nicht nur darum geht, daß erst mit dem Einsetzen der Notstandsverfassung 1968 diese Verfassung – wie es immer heißt – demontiert wäre, sondern daß sie von ihrem Kern her, und auch 'bewußt', wie das Bundesverfassungsgericht immer wieder betont hat, illiberal ist. Es gibt sozusagen in diesem Lande unter dem Stichwort 'Streitbare Demokratie' – ausgeführt durch die Formel: „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ (Berufsverboteentscheidung/KPD-Entscheidung), es gibt in diesem Lande hier sozusagen eine Demarkationslinie des Rechts, jenseits derer bestimmte, nämlich von der Staatsgewalt zu bestimmende als 'Staatsfeinde' markierte Gegner Grundrechte nicht mehr genießen. Das ist das, was sich in der Haftsituation zeigt, gegen die zur Zeit der zig-fache Hungerstreik stattfindet, das ist das, was sich zeigt in der offensichtlichen Außergesetzsetzung für welche, die von der Polizei gesucht werden, und das ist das, was sich schließlich auch zeigt in der massenhaften Überprüfung bei den Berufsverboten. Das heißt: es ist offensichtlich von dem Dekret 'Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit' längst weiterentwickelt worden zu der verheerenden Devise (siehe Stammeheimer Prozesse, aber auch andere Prozesse): 'Kein Recht für die Feinde des Rechts'. Und damit kennzeichnet sich diese Gesellschaft, die das duldet und hinnimmt eben nicht als eine Gesellschaft 30-jähriger liberaler Tradition, sondern als eine Gesellschaft des politischen Obskurantentums. Das kurz dazu. Man kann sehr gut zeigen hier in der BRD, daß mit diesem, wie gesagt bewußt und expressis verbis vollzogenen Bruch mit den Traditionen freiheitlicher oder freier sozialer Kommunikation und rechtlicher Regelung einhergeht auch eine völlige Verkehrung, eine völlige Perversion des klassischen Grundrechtsverständnisses. Das heißt: Grundrechte, die selbstverständlich für jeden Ausländer immer, eben als vorstaatliche Rechte, als legalisierte Naturrechte, als gegenstaatliche Rechte, als Schutzrechte des Bürgers gegen den Staat verstanden waren, haben sich hier bei uns unter der Hand oder offen zu Staatsschutzrechten entwickelt – sie limitieren nicht mehr die staatliche Gewalt, sondern sie expandieren sie. Das ist der eigentliche Witz, der durchgängig durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, ihren Ursprung hat auch in der Rechtsprechung

zu den Grundrechten im 3. Reich. Das fatale bei der ganzen Geschichte ist, daß offensichtlich diese vollständige Verkehrung des ursprünglichen Prinzips von grundgesetzlichem Schutz des Bürgers gegen den Staat als unabdingbare Mindestgarantie gegen die Staatsgewalt, daß dieser nicht Abbau, sondern Totalverkehrung in diesem Lande von der Öffentlichkeit allenfalls mit Schulterzucken zur Kenntnis genommen wird. Um ein Beispiel zu geben: mich haben bei der Erschießung von E. van Dyck und der schweren Verletzung von R. Heissler im Zusammenhang mit dem 'Festnahme' genannten Manöver, nicht nur diese Ergebnisse dieser 'Festnahme' (wie es hieß) entsetzt, sondern auch die ausgebliebene öffentliche Reaktion, — übrigens auch auf Seiten der Linken!

Ich möchte jetzt gern ganz kurz zwei Elemente nennen, die für mich die Bedingung dafür sind (es gibt viele weitere noch, die ich mir aber ersparen will), warum diese Gleichgültigkeit in der Bevölkerung offensichtlich besteht. Ich glaube die Erklärung ist ziemlich einfach dort zu finden, daß in diesem Volk auch wenn einige anderes ständig beschwören, ein radikales Verhältnis zu den Grund- und Menschenrechten nie bestanden hat, weil diese Grund- und Menschenrechte nie erkämpft worden sind, geschweige denn verteidigt worden sind. Ich bestreite nicht, daß es erhebliche polizeiliche Willkürmaßnahmen und Übergriffe und Justizterror auch in anderen westlichen Ländern gibt, ich sage nur, daß im Unterschied zu diesen anderen westlichen Ländern die Bundesrepublik eben keine authentische Demokratie ist. Sie ist gestiftet worden von den alliierten Siegermächten nach der Befreiung vom Faschismus, die bezeichnenderweise hier immer noch 'Zusammenbruch' genannt wird. Das ist der Punkt. (Nebenbei: In diesem Lande gab es nur einmal eine breite Bewegung für Freiheitsrechte, nämlich in dem Zusammenhang, als die Bundesregierung plante, die Geschwindigkeit auf 130 km/h zu begrenzen — da hieß es 'Freie Bürger fordern freie Fahrt' — das war das einzige Mal, wo ich mich erinnere, daß man hier versucht hat, auf die Barrikaden zu gehen. Es wird auch das einzige Mal bleiben.)

Der zweite Punkt ist wesentlich schwerwiegender und analytischer; ich will ihn nur kurz andeuten: Die Gleichgültigkeit gegen all diese vom Staat ergriffenen Maßnahmen beruht sicherlich auch vor allem darin, daß diese rechtsförmig durchgesetzt werden. Die Parole der Bürgerinitiativen: 'Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht' ist falsch!! Für dieses Land trifft gerade das Umgekehrte zu: daß permanent Unrecht zu Recht wird! Daß die Entrechtung verrechtlicht wird — das ist der Witz! Und eben diese rechtsförmige Mimikry der Entrechtung ist es meiner Meinung nach, die den App-

laus der Massen sichert, zumindest aber deren Gleichgültigkeit garantiert. Das muß man im Auge behalten. Und wenn gerade solche Leute, wie die zahlreichen Dr. Dorffs im dritten Reich, zu denen offensichtlich auch der Bundespräsident Carstens gehört hat, — diese Leute haben die Kontinuität dieser Regime garantiert — und ich finde es geradezu grotesk, um nicht zu sagen bestürzend, wenn der sozialdemokratische Bundeskanzler Schmidt in den Vereinigten Staaten, angesprochen auf die NS- und SA-Karriere seines Bundespräsidenten nur zu sagen weiß: der Mann sei doch harmlos gewesen, er wollte doch nur Karriere machen! Das sind genau die Leute, die auch heute diese Kontinuität garantieren und zu repräsentieren wissen.

Ebenso wenig, wie es eine authentische Demokratie in diesem Lande gibt, sprich bürgerlich-revolutionäre und demokratische Traditionen, wie es vielmehr gerade im Gegenteil die historische Hypothek der Subalternität und Obrigkeitgläubigkeit gibt, ebenso wenig gibt es — im Vergleich etwa zu Frankreich oder Italien — (Stichwort Moro-Affäre) eine selbstbewußte und souveräne Presse; ja, wir haben das in der Nachrichtensperre erlebt, aber wir haben es auch — eine der ärgerlichen Ironien der deutschen Geschichte — in dem fast könnte man schon sagen linken Gegenstück zur Nachrichtensperre, in dem besinnungslosen Distanzierungsrummel gesehen. Das heißt: All die Elemente, die eine demokratische und selbstbewußte Presse von ihrem Selbstverständnis, wie es historisch gewachsen ist, ausmachen, und wie sie noch 1946, die Erfahrung des Faschismus noch im Nacken, vom Länderrat formuliert wurden, gibt es hier nicht. 1946 noch hatte der Länderrat, in Abkehr von der nationalsozialistischen Pressepolitik und als Perspektive einer künftigen demokratischen Presse folgenden Grundsatz der künftigen Presse formuliert (Nov.



1946): „Oberste Aufgabe der Presse ist, die Öffentlichkeit sachkundig zu allem Geschehen wahrheitsgemäß und vollständig zu unterrichten — notfalls als Kläger das Urteil der öffentlichen Meinung anzurufen. Die Presse verletzt ihre Pflicht, wenn sie meldet, was sie nicht erforscht hat, oder wenn sie unerforscht läßt, was sie melden müßte.“ Und genau das ist der Zustand in diesem Lande, daß eben die Nachrichtensperre nicht, wie einige Linke blöderweise in falschen Assoziationen gesagt haben, daß sie die Fortsetzung der Göbbels'schen Reichskultur- und Pressekommer-Politik ist! Unsinn! Im Unterschied zum 3. Reich war die Nachrichtensperre freiwillig von dieser Presse vollzogen worden und das macht die eigentliche Katastrophe aus.

Ein Letztes: Es ist bekannt, daß ich zu den Mitinitiatoren und Managern des Russel-Tribunals gehört habe. Und die Erfahrung, die ich dort machen konnte, nicht nur mit Ausländern, sondern auch mit der deutschen Linken, also mit Leuten, denen ich mich schließlich auch zurechnen, ist die, daß es auch hier — gerade, was ich so pathetisch anspreche als bürgerliche Freiheitsrechte — daß es auch hier ein sehr gebrochenes Verhältnis dazu gibt, nur weil sie eben bürgerlich heißen, und weil sie als bourgeois mißverstanden werden. Und mein Appell wäre eigentlich, 1. daß man ein sehr viel radikaleres Verhältnis zu diesen Rechten gewinnt, was allerdings auch heißt: um den Preis, daß die NPD die gleichen Demonstrationsrechte genießt wie wir.

Das zweite — auch auf die Gefahr hin, hier als Handlungsreisender in Sachen Tageszeitung zu erscheinen — ich sehe, bei aller Kritik an diesem Blatt, die einzige langfristige Chance für uns, eine Gegenöffentlichkeit zu erzeugen, wenn wir diese Zeitung unterstützen! Das Argument, daß die Zeitung zum großen Teil Mist bringt, hat ja noch niemand dazu bewogen, seine Rundschau abzubestellen.

Und schließlich appelliere ich an diejenigen, die so breit eine derartige Veranstaltung gegen die NPD zu organisieren in der Lage waren, und die selbstverständlich auch gegen Berufsverbote und andere staatliche Repressionsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen vorgehen und auf die Straße gehen, mit der gleichen Energie und mit der gleichen Massenhaftigkeit auch Veranstaltungen zu organisieren, die thematisieren und dagegen protestieren, mit welcher Willkür inzwischen offensichtlich gegenüber einigen Ausgebürgerten in diesem Staate die Polizei freie Hand hat, und zweitens, sich dafür einzusetzen, daß gerade diese Outlaws, wie auch die politischen Delinquenten in den Knästen in den Normalvollzug, in den Regelvollzug integriert werden, das heißt, daß diese Sonderbehandlung aufhört ... "

# KEINE FREIHEIT FÜR DIE FEINDE DER FREIHEIT ?

*Die aggressive Stimmung auf dem Teach-in am Freitag zum 17. Juni hat es den Rednern sehr schwer gemacht, ihre Beiträge zu halten.*

*Peter Brückner mußte deshalb abbrechen. Ebenso wurde Daniel Cohn-Bendit kaum verstanden. Deshalb haben wir uns noch einmal mit ihm getroffen; im Folgenden drucken wir Auszüge aus dem Gespräch, das wir mit ihm führten.*

*Der zweite Teil des Gesprächs, der auch eine genauere Begründung seiner Argumentation zum Problem der Menschenrechte enthält, wird in der nächsten Diskus-Ausgabe erscheinen.*

B.: 'Der liebenswerte und unpolitische Anarcho-Liberalismus' – das ist meiner Meinung nach die hauptsächliche Kritik an deinem Beitrag gewesen: Man kann es vergessen, es hat keine politische und gesellschaftliche Wirksamkeit. – Es ist nichts weiter, als eben Anarcho-Liberalismus. Wenn wir daran nochmal deine These diskutieren können, dann wäre das genauer zu fassen.

W.: Ich wäre mal daran interessiert, wenn wir noch einmal das Problem des Abends rekonstruieren könnten; und das war doch die Frage: Wie ist jetzt, aktuell, zum 17. Juni, linker Antifaschismus möglich. Und damit auch: was sind unsere Inhalte. Da gab es ja vorher schon einige kritische Positionen, von M. Belz im letzten Pflasterstrand und dieses Papier 'Provokative Gedanken . . .', wobei beide von dem Problem ausgehen, daß die Linke in ihrem bisherigen Antifaschismus sehr dazu neigt, Formen von Herrschaft zu reproduzieren; objektiv: als Appell an den Staat – und subjektiv: daß man mit dem Knüppel in der Hand seinem Gegner sehr ähnlich wird.

C.-B.: Ich habe mich erstmal an der Position gestoßen, die ein Verbot für die NPD fordert. Dabei kommt mir die Frage: Mit welcher Legitimation fordert man vom

Staat das Verbot? Denn wenn du schon staatliches Verbot forderst, mußt du dich ja auch die Ebene dessen einstellen, was sie sagen. Du kannst nicht sagen 'Weil sie sich rechts nennen, sind sie in der Logik der Geschichte . . .'; so kannst du nicht argumentieren. Rein auf dieser staatlichen Ebene müßtest du ihr Programm auseinandernehmen! Das hat der ID ja letztes Jahr veröffentlicht, – da merkst du gar nicht, daß es NPD ist, und auch nicht den Rassismus, außer an einem Begriff: 'Volksgemeinschaft'.

Und da kommst du darauf, daß du eigentlich kein Verbot der NPD forderst, sondern du forderst ein Verbot des Nationalsozialismus! Du bekämpfst in der NPD eigentlich die Geschichte, und nicht die NPD. Auch emotional reagieren die Leute weniger auf die NPD, sondern auf die NSDAP! Wir alle – denn wer hat von uns schon mal etwas mit der NPD zu tun gehabt.

Das heißt, daß hier schon mal eine irrsinnige Verschiebung zwischen Emotion und Realität stattfindet.

Dann: in der Argumentation 'Wehret den Anfängen' wird etwas vorgegaukelt, was nicht stimmt. Nämlich, daß die nicht schon damals von Anfang an militant dagegen vorgegangen sind.

Es wird so getan: jetzt kommen wir, und wir machen es anders als unsere Eltern. Du kannst der KPD, der SPD, den linken Gruppen damals vieles vorwerfen, nicht aber, daß sie nicht versucht haben, sich gegen aufkommenden Faschismus zu wehren, auch in militanter Form: Gegen-demonstrationen, Verbotsforderung, ich weiß nicht was sie alles gemacht haben; das ist das zweite.

Das dritte: mit dem staatlichen Verbot ist die Anerkennung der staatlichen Legitimität gegeben, über Organisationen zu urteilen. Im Grunde genommen kann der Staat die NPD nur verbieten mit den gleichen Argumenten, mit denen sie auch uns verbieten. Haargenau damit verbieten sie auch die NPD-Demonstration: wegen Gewalttätigkeit usw.

Das ist zunächst die einfachste Ebene der Argumentation, wie wir sie sehr oft auch im Pflasterstrand vertreten haben: " . . . Wir sind gegen Verbote der NPD, wir sind gegen den Ruf nach der Polizei, auch wenn wir Streitigkeiten haben bei uns. Gut – wenn einer nicht mehr kann – ist es legitim, auch die Polizei zu rufen, um sich physisch zu schützen, aber das darf keine Konsequenzen haben, seien es juristische, sei es sonst irgendwas – man erkennt den Staat als Vermittler nicht an.

Dann war immer die Argumentation, man darf Forderungen nach Verbot der NPD nicht aufstellen, aber man muß sie praktisch verbieten: das heißt, wir müssen die NPD auf der Straße, oder wenn sie sich versammelt verbieten. Das heißt im Grunde genommen: so Leute wie die NPD dürfen nicht auftreten, die dürften nicht reden, nicht demonstrieren, die dürften eigentlich überhaupt nicht existieren. Und wenn sie eben existieren, dann müssen sie im Keim erstickt werden! Das ist die Ausgangsthese. Das heißt dann in den Flugblättern: Kein Fußbreit . . . Nazis raus . . .

B.: Ja, aber das haben wir schon vor Jahren gesagt, daß wir es nicht ertragen wollten, daß sie sich schmücken mit alten NS-Uniformen. Da gibt es eine Empfindlichkeit, auf der wir auch bestehen.

C.-B.: Sicher, bei allem was ich sage will ich ja nicht sagen, daß ich diese Emotion, diese Empfindlichkeit nicht habe, emotional kann ich all das verstehen, die Frage ist nur, wie man mit diesen Emotionen umgeht.

Um es vorwegzunehmen, ich habe die gleiche emotionale Reaktion Faschisten gegenüber wie den Stalinisten; ich mach' da keinen Unterschied.

Faschismus ist eine perfekte Form von Terror, Menschenverachtung usw., das ist für mich Stalinismus auch!

Wenn man sagt 'Nazis raus' müßte man auch sagen 'Stalinisten raus'!

Ich sage nicht, daß das identisch ist, ich will sagen: das sind zwei Formen von Ter-



ror, die unterträglich sind, die einfach emotional unerträglich sind. Ich wäre nie auf die Idee gekommen zu sagen: verbietet den KBW, obwohl er für mich – nicht was er heute sagt – der KBW ist eigentlich eine lächerliche Figur, wie die NPD auch für mich – aber er bezieht sich historisch auf Greuel, die er historisch legitimiert 'weil sie notwendig waren'. Und darauf reagiere ich ja auch emotional! – und trotzdem wäre ich nie auf die Idee gekommen, Gegendemonstrationen zu organisieren. Und das ist vielleicht der Punkt, worauf ich am Freitag hinauswollte, wenn ich sage, diese Parole 'keine Freiheit für die Feinde der Freiheit' ist zu kompliziert, in dem Sinne, daß sie nicht durchzuhalten, nicht definierbar ist. Denn: wer sind die Feinde der Freiheit? Indem sie sich immer ad absurdum führt, ist sie falsch. Sie enthält einen Widerspruch wie in der ML-Theorie der berühmte Spruch vom 'Demokratischen Zentralismus': Entweder demokratisch, oder zentralistisch – aber in sich ist das ein Widerspruch, und genauso ist es mit der Freiheit . . . Entweder es gibt sie, oder es gibt sie nicht, die Freiheit! Und da stehen wir vor der Forderung, die da als anarcho-liberal denunziert wurde: Freie Meinungsäußerung für alle, inklusive alle Deppen, Rassen . . . und um die Argumentation wieder aufzunehmen, die die Linke immer hat, beispielsweise zum § 88a: Da sagen wir ja auch nicht; wir sollen erlaubt sein, aber die NPD-Schrift verbietet! Das ist die Ambivalenz: dann müßten wir sagen: gegen den § 88a sind wir, weil er



falsch formuliert ist, wenn er richtig formuliert wäre, daß er sich nur noch auf die und die faschistische Schrift bezieht, dann wären wir dafür.

Was ich meine: auf der Ebene des Wortes könnte man sich ja wehren – man könnte ja was dagegen schreiben. Das Problem ist erst: Warum erhält dieses Wort ein solches Gewicht, warum glauben das so viele Leute. Das ist eigentlich das, was uns mobilisiert – nicht das Wort der Faschisten, sondern daß dieses Wort von anderen aufgegriffen wird, daß es andere fasziniert . . .

W.: Ihre Macht, ihre potentielle soziale Macht!

C.-B.: Von der muß man aber sagen, daß ein Verbot diese potentielle soziale Macht nicht hindert.

W.: Sie vermutlich bloß noch attraktiver macht.

C.-B.: Genau; ein Verbot trifft also nicht das, was uns Angst macht; diese potentielle soziale Macht verhindert kein Verbot. Also ist da ein Kurzschluß in einer solchen Forderung. Und schließlich: wenn man die Geschichte der Arbeiterbewegung nimmt, so ist dieser Satz 'Keine Freiheit für die Feinde . . .' permanent gedreht worden – er wurde ja nicht bloß gegen die Faschisten angewandt, sondern auch gegen Anarchisten, Trotzisten . . . wie jeweils die Machtkonstellation war. In Frankreich z.B. prägte die KP den Begriff des Hitler-trotzkisten.

Gut; und daher habe ich am Freitag

Abend die Forderung aufgestellt nach freier Meinungsäußerung für die NPD und freies Demonstrationsrecht. Weil ich der Meinung bin, auf der Ebene der Worte, der Propaganda, der Agitation muß man mit Worten antworten.

Auf der Ebene der Symbolik – und ich glaube, das ist das entscheidende – stimmt es, daß die NPD anziehend ist – der Männlichkeitswahn, die Attraktion, eine verfolgte Minderheit zu sein, und provokativ zu sein, das ist es, was Jugendliche an der NPD wahrscheinlich anzieht.

B.: 'Es ist noch mehr: indem die wissen, daß das eine emotional sehr besetzte Sache ist, der Nationalsozialismus, provozieren sie permanent damit. Um damit überhaupt eine Intensität zu erreichen, eine emotionale Intensität, provozieren sie damit, weil sie wissen, dann kommen Reaktionen. Sie thematisieren das gesellschaftliche Tabu.

C.-B.: Darauf muß man dann auf der Ebene der Symbolik antworten . . .

Ich will ein Beispiel geben, das uns am Freitag bei der Diskussion eingefallen ist: 50 000 Leute, angenommen, sie überrennen die Bullen und überfallen 3 000 NPDler. Was macht man mit denen? Schmeißt man sie in den Main? Tötest du sie? – und da sagt jeder: 'Um Gottes Willen, hoffentlich sind die Bullen dazwischen!' Da ist doch was faul!

Deswegen sag ich: das einzige was du machen kannst, ist hingehen, die Leute

beschämen und lächerlich machen, aber sie nicht antasten. Denn die haben dich nicht angegriffen – die haben geredet, also mußt du dagegen reden, die haben Symbole, also mußt du Symbole dagegen haben.

Etwas anderes ist, wenn wir eine Veranstaltung machen und die Faschisten greifen mit Gewalt an, dann muß man sich auch mit Gewalt wehren – auf dieser Ebene ist das gar nicht eine Frage der Gewalt, damit habe ich überhaupt kein Problem – ich glaube nur, daß in der bisherigen Diskussion die Dimension verlorengegangen ist, was zu machen ist.

B.: Das finde ich alles richtig, ich meine nur, man müßte Grundlagen von Humanität, diese Inhalte, um die es uns dann letztlich geht, noch stärker in die Diskussion einbringen.

C.-B.: Gut. Es gibt da drei Ebenen, wo diese Diskussion am klarsten wird: einmal der Rassismus, offen gegen Ausländer, zweitens gegen Frauen, drittens die Propagierung der totalen Herrschaft über Menschen – da sag ich – weiß ich nicht – ich würde nur sagen: dieses inhumane Verhalten wird ja ganz selten von Gruppen propagiert, sondern es existiert – es existiert und ist gesellschaftlich strukturell angelegt. Die Faschisten funktionieren hier gewissermaßen als negative marxistisch-leninistische Avantgarde. Sie interpretieren eine existierende latente Strömung, und wollen ausgehend von die-

ser Interpretation die Macht ergreifen, indem sie den Leuten sagen: das ist es ja eigentlich, was ihr wollt, und wir repräsentieren politisch ein Grundbedürfnis von euch.

Wenn du das auf der Ebene von Verboten bekämpfst, greifst du nicht das Problem an.

... Das ist nicht nur Symbolik, sondern Inhalte. Inhalte die so gesprochen, gedacht und auch gelebt werden.

Dieses Gesellschaftssystem produziert kaputte Individuen, wie auch immer, von uns bis zu den Rechten, und ein Zeichen dieser Kaputtheit ist doch dieser Mangel an Identität. Wie das beantwortet wird, ist doch total unterschiedlich und eine Politik mußte dem doch Rechnung tragen.

Da kommen wir vielleicht zu 'Rock gegen Rechts'. Der Versuch, eine Identität über Rock . . . das kann ja ganz positiv sein. Dann kommt es aber gleichzeitig darauf an, bei diesem Versuch Identität aufzubauen, daß man auch bricht mit Strukturen, die unsere Identität bilden. Du bist ja nicht ohne Identität, du hast ein Bedürfnis nach einer allgemeineren, nach einer vollständigen Identität und gleichzeitig wird tagtäglich deine Identität gemacht. Und das bedeutet: autoritär, patriarchalisch, hierarchisch usw. Gleichzeitig muß man also ein Bedürfnis aufgreifen, gleichzeitig eine bestehende Identität bekämpfen, verändern, in kollektiven Aktionen formen usw.

Das alles soll nicht bloß moralisch pastoral klingen; man muß in all dieser Schwierigkeit noch die Möglichkeit finden zu lachen, zu leben usw. und ich glaube, daß das auch ein Mittel sein kann, um faschistische Tendenzen aufzulösen; nämlich aufzugreifen das Bedürfnis nach Leben in Form von Lachen usw. anzuerkennen, weil ich glaube, das existiert bei denen genau so. Das ist etwas, was eine faschistische Organisation nur in einer beschränkten Form befriedigen kann.

Die Humanität, die man lebt, ist ja die einzige Chance, daß es individuelle Veränderungen gibt. Man weiß zwar, daß die Leute heute irrsinnig autoritär strukturiert sind, das ist aber nicht der Endpunkt ihrer Existenz, es müßte ja auch eine Strategie geben, daß die Leute sich verändern. Ich glaube, daß da auch Schalen zu knacken sind . . . Provokationen notwendig sind.

B.: Das heißt aber auch, daß das Leben, wenn es immer heißt, wir betonen die Lebendigkeit und überhaupt Leben, daß wir dann auch schon noch die ganz konkreten Situationen, in denen die Leute stecken, meinetwegen ihre Arbeit oder ihre Arbeitslosigkeit, daß das immer wieder konkret benannt werden muß, damit es nicht zu allgemein wird.

W.: Ja, das ist jetzt die Frage – so ein Faschist würde antworten: Ist ja ganz schön, was ihr macht, auch Rock ist nicht schlecht, aber wir haben ja noch mehr vor, wir wollen ja Politik machen. Wir wollen etwas gegen diesen Staat machen, eine

Volksgemeinschaft heistellen, und das ist ein politisches Programm, das zu erreichen auch Triebverzicht nötig macht.

C.-B.: Das haben sie gemeinsam mit allen, die Avantgardeanspruch haben. **Hier kommen wir in die Diskussion über den Nationalsozialismus und seine sozialrevolutionären Hintergründe.**

Das Bedürfnis nach Volksgemeinschaft ist ja ambivalent: einerseits vielleicht das Bedürfnis nach einer egalitären Gesellschaft, andererseits durch eine hierarchische Struktur. Und es gilt diese Ambivalenz politisch aufzuzeigen, zu demonstrieren, daß es ein 'entweder-oder' gibt: Es gibt entweder Egalität oder Hierarchie – aber eine Durchsetzung der Egalität durch die Hierarchie – das haut nicht hin.





PS-Gespräch mit Sebastian Cobler

# NEO-NAZI-PROZESS IN FRANKFURT

Sebastian Cobler, Anwalt auch von Benedikt Härlin, dem jetzigen grünen Europa-Abgeordneten, wandte sich schon im Verfahren gegen die Berliner Zeitung »radikal« gegen eine strafrechtliche Verfolgung von Texten, Parolen und Flugblättern. Als Beobachter im Staatsschutz-Prozeß gegen die Neo-Nazis Michael Kühnen und Arndt Heinz Marx, die die NSDAP, »allerdings ohne die Fehler der SS«, wieder aufleben lassen wollen, kommt der Rechtsanwalt zur gleichen Frage: »Wie souverän muß eigentlich eine Gesellschaft sein, auch einen derartigen Schwachsinn, meinerwegen auch gefährlichen Schwachsinn auszuhalten?«

Das Problem ist grundsätzlich: nämlich die strafrechtliche Verfolgung von ausschließlich Parolen, Texten, von Äußerungen, gleichgültig, welchen Inhalt sie haben. Besteht hier nicht eine gewisse Parallele, nicht bei den Texten, sondern bei der strafrechtlichen Verfolgung solcher Texte, zu Verfahren, wie sie gegenüber linken Organisationen gang und gäbe sind? So wie ich es ja in Reinkultur persönlich als Verteidiger von Benedikt Härlin in Berlin erleben konnte.

Ich kann mir jetzt schon das Aufjaulen innerhalb mancher Fraktion der Linken vorstellen, die den Vergleich für ungeheuerlich halten.

Die Vorstellung, Texte könnten unmittelbar Beweggrund für Aktivitäten werden — selbst nach derartigen widerwärtigen Parolen wie »Juda verrecke«, (die allerdings schon den Tatbestand von Volksverhetzung erfüllen) — nach denen unmittelbar Handgreiflichkeiten gegen die Juden erfolgen, halte ich für eine verkürzte und für eine vereinfachte Vorstellung.

Es gibt keine schlüssigen abschließenden Verwertungen innerhalb der Medienforschung, die ja seit Jahren zu diesem Bereich Untersuchungen anstellt, welche Wirkung derartige Texte haben. Das hängt ja immer von dem Adressatenkreis ab. Wie die disponiert sind, worauf die warten ... und zum anderen, daß man auch nicht weiß, welche Wirkungen Sanktionen haben.

Wie souverän muß eigentlich eine Gesellschaft sein, auch einen derartigen Schwachsinn und meinerwegen auch gefährlichen Schwachsinn auszuhalten? D.h. kann es in irgendeiner Form der Gesellschaft, die sich republikanisch und frei versteht, zulässig sein, daß Texte allein nur wegen der Möglichkeit, daß sie umschlagen in Aktivitäten, verboten oder strafrechtlich verfolgt werden?

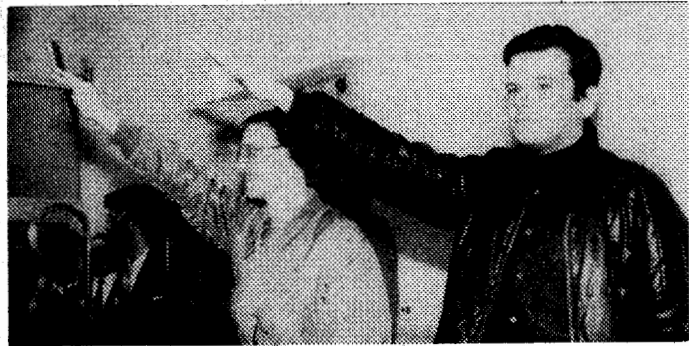
Das zweite Problem, über das zu sprechen sich lohnt, und das sich jetzt in dem Prozeß gegen einen der Köpfe der Neo-Nazi-Gruppierungen zeigt, besteht darin, daß Michael Kühnen durch den Auftritt vor dem Landgericht in Frankfurt ein breites und offenes Forum findet, vor dem er sich darstellen kann.

Meine Position dazu — und ich fühle mich eigentlich bestärkt durch die Beobachtung von den zwei Prozeßtagen — ist die, daß ich es für eine Illusion halte, zu glauben, man könne mit strafrechtlichen Mitteln Leuten wie Kühnen und anderen das Handwerk legen. Ich halte es vielmehr für wahrscheinlich, daß sie darüber letztlich überhaupt erst jene Veröffentlichungsmöglichkeiten bekommen, die ihnen sonst verschlossen bleiben dürften. Denn wer liest sonst schon deren Schwachsinn?

Kühnen hat hier vor Gericht gesagt, er liebe sich auch nicht durch eine noch so hohe Haftstrafe von seinen Positionen

abbringen. Ich könnte mir vorstellen, daß so ein Mann völlig unberührt bleibt von der Strafandrohung. Im Gegenteil: sein verehrter Führer Adolf Hitler hat bekanntlich sein Machwerk ja auch in Festungshaft geschrieben.

Ich bin — wie gesagt — grundsätzlich der Meinung, daß sich die Justiz nicht als Zensor und pädagogische Anstalt aufzuspielen hat. Selbst wenn es noch so widerwärtige Parolen sind. Und es tut mir schrecklich leid: Viele Parolen, die irgend-



im R 1964 links: Marx, rechts: Kühnen

Allerdings ist im prozessualen Verhalten des Gerichts gegenüber Rechten ein ganz eindeutiges Mißverhältnis in Bezug auf Verfahren gegen militante Linke oder linke Texte zu erkennen. Von der Existenz revolutionärer Zellen wurde immer schon als »gerichtskundig« ausgegangen. Und hier in diesem Verfahren soll jetzt Beweis über die SS und die SA und deren Handlungen und Verbrechen erhoben werden. Das ist geradezu abenteuerlich. Die Frankfurter Justiz hat sich schließlich schon einen großen Namen gemacht in der systematischen Verharmlosung der NS-Barbaren. Die massenweisen Freisprüche von Ärzten und Juristen, die an Euthanasieverfahren beteiligt waren, erfolgten mit der Begründung, diese hätten sich im »Verbotsirrtum« befunden. Dieser Zynismus bedeutet nun wirklich eine Verharmlosung des Faschismus. Mit diesem Prozeß hier soll nun einer Verharmlosung des Faschismus begegnet werden, und man gewinnt dazu noch den Eindruck, daß die Strafkammer unter dem Vorsitz des Staatsschutz-Kammervorsitzenden Lehr vollständig überfordert ist. Kühnen ist diesen Juristen dort nicht nur rhetorisch sondern auch vom historischen Wissen her haushoch überlegen. Außerdem: ginge es mit rechten Dingen zu — im doppelten Sinne des Wortes — müßte Kühnen freigesprochen werden. Ich kann mir das nicht vorstellen, weil an der Person zu viel hängt und weil eine derartige rechtsstaatliche Souveränität des Kammervorsitzenden nicht zu erwarten ist.

welche militanten linken Gruppierungen gebraucht oder die ihnen nachgesagt wurden, finde ich ebenso zum Kotzen. Ich will das nicht vergleichen, ich will nur sagen, daß man eine Ästhetik oder politische Anschauung der Strafjustiz zur Beurteilung nicht überlassen darf.

Vielleicht noch eine Episode am Rande, die das Verhältnis, das auch bei den Linken zur Strafjustiz besteht, kennzeichnet die Justiz als Selbstbedienungsladen, aus dem man sein Klientel versorgt: Während des ersten Verhandlungstages vor einer Woche war ein Riesenaufgebot an in- und ausländischen Journalisten anwesend; u.a. auch von den »Tagesthemen«. Ich selbst habe die Sendung nicht gesehen. Ich bin nur während der Tagesthemen von jemandem angerufen worden, von so einem Vornamen-Mensch, der sich am Telefon meldete als »Rainer von der Startbahn-Bewegung«. Ich sei doch der Cobler, der den »Aschu« verteidigt habe. Und als ich das bestätigt habe, teilte er mir mit, daß er soeben »mit seine Freunden in der Glotze den Bericht über den Kühnen-Prozeß gesehen hat« und mich dort im Saal ausfindig gemacht habe. Ich stand da als Zuschauer. Er und seine Freunde wollten jetzt »Bitte schön wissen, was ich in dem Verfahren zu suchen habe«. Ich konnte ihm nur antworten, daß er wohl nicht mehr alle Tassen im Schrank habe und er solle zur Kenntnis nehmen, daß ich zwischenzeitlich in die NPD eingetreten sei. G.W.